



Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

für 6 Jahre kommunale Zusammenarbeit für Neuss

Ratsperiode 2014 – 2020

Neuss: Erfolgreich die Zukunft nachhaltig gestalten.

CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN schließen einen Koalitionsvertrag für die Arbeit im Stadtrat der Stadt Neuss. Unsere Stadt ist liebens- und lebenswert. Deshalb engagieren wir uns und wollen die nächsten sechs Jahre gemeinsam für die Bürgerinnen und Bürger unsere Heimat erfolgreich und nachhaltig gestalten.

Unsere Kommunalpolitik verbindet Tradition und Modernität durch entschiedenes Eintreten für eine nachhaltige und bürgernahe Politik, die die Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Generationen im Blick hält. Wir wollen die Schöpfung bewahren und das Verständnis von Gerechtigkeit, die bei der Beteiligungsgerechtigkeit beginnt, durch unser aktives Handeln unterstützen. Wir geben der Solidarität und Subsidiarität Vorrang. Wir übertragen aber auch jedem Einzelnen Pflichten und fordern Eigenverantwortung ein, die wir durch geeignete Maßnahmen der kommunalen Selbstverwaltung unterstützen. Unsere Politik steht für die Förderung des Zusammenhalts und der Teilhabe in der Gesellschaft statt für die Durchsetzung individueller Interessen. Wir stehen dazu mitten in der Gesellschaft und hören den Bürgerinnen und Bürgern zu. Dafür setzen wir die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung konsequent fort und lassen die Ergebnisse in abgewogene und transparente Entscheidungen einfließen. Wir arbeiten für eine saubere, sichere und gesunde Stadt.

Wir sind stolz auf diese Stadt und wollen sie in ihrer Vielfalt in Bildung und Kultur, mit ihrer wirtschaftlichen Stärke, soliden Finanzausstattung und als soziale Großstadt mit ihrer Internationalität und den prägenden Elementen der Heimatverbundenheit weiterentwickeln. Die lebendigen Stadtteile bringen Vielfalt und sind prägend. Sie sind die Keimzellen unserer modernen sozialen Großstadt mit überschaubaren Lebensräumen.

Die Tätigkeit der freien Träger, Kirchen und Vereine ist ein wichtiges Fundament für die Identifikation dieser Stadt. Wir treten für den Respekt der weltanschaulichen Überzeugungen ein und stellen uns auf fester christlicher Grundlage dem partnerschaftlichen Dialog mit anderen Religionen und Kulturen.

Eine intakte Umwelt ist die Lebensgrundlage für uns und unsere Kinder. Deshalb ist ein sorgfältiger Umgang mit der Natur und den natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Luft für uns von großer Bedeutung. Wir wollen Neuss nachhaltig und mit Respekt vor Umwelt und Natur stark für die Zukunft machen. Wir wollen ein ausgewogenes Miteinander von Wirtschaft und Ökologie, von Wohnen und Freizeit, von Kultur und Arbeit mit unseren Entscheidungen fortführen.

1. Finanzen und Verwaltung

Grundvoraussetzung für die Handlungsfähigkeit einer Kommune sind ein solider Haushalt und ein ausreichendes Finanzpolster. Dies ist die Grundlage, um im Interesse kommender Generationen über genügend finanzielle Ressourcen für Investitionen in Bildung, Stadtentwicklung, Umweltschutz und Kultur verfügen zu können.

Haushaltsdisziplin.

Haushaltsdisziplin ist ein wichtiges Ziel. Nicht alles Wünschenswerte ist machbar. Wir nehmen angesichts begrenzter Mittel, die uns zur Verfügung stehen, regelmäßig eine Aufgabenkritik und daraus resultierend Kurskorrekturen vor. Hier wollen wir mit Augenmaß und sozialverträglich vorgehen, anstatt mit dem Rasenmäher Ausgaben insbesondere im Sozial-, Kultur- und Sportbereich zu streichen.

Die Ausgaben für folgende Projekte sind vereinbart:

- Verbraucherzentrale
Für die Verbraucherzentrale werden im Haushalt 2015 die notwendigen Mittel eingestellt. Die Beantragung der Landesmittel erfolgt unverzüglich. Die Schuldnerberatung bleibt bestehen.
- Schultoiletten
Die Sanierung der Schultoiletten wird beschleunigt. Die hierzu notwendigen Mittel sind im Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements zu berücksichtigen, soweit hierfür nicht schon Haushaltsmittel eingestellt sind. Die Haushaltsmittel für die Schultoiletten sollen für die gesamte Ratsperiode etatisiert werden, die Umsetzung soll 2015 beginnen.
- Sanierung des Norfer Rathauses
Für das Norfer Rathaus ist bis Mitte 2015 ein Nutzungskonzept durch die Verwaltung und in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss Norf zu erarbeiten. Die für dieses Konzept notwendigen Kosten sind in den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements einzustellen.

Soweit in diesem Koalitionsvertrag Vereinbarungen mit finanziellen Auswirkungen beschlossen wurden, gelten diese in der gesamten Zeitschiene als gesetzt und werden vorrangig im Haushalt eingestellt.

Abbau der Verschuldung

Wir setzen uns für die weitere Entschuldung des öffentlichen Haushalts ein. Ständige Ausgaben sollten die ständigen Einnahmen nicht überschreiten. Auch in Zukunft wollen wir keine Kredite (Kassenkredite) für den laufenden Aufwand (z.B. Personalaufwand, Mieten) aufnehmen. Teil der Konsolidierung des Haushaltes sind angemessene Gewinnausschüttungen der ertragsstarken städtischen Töchter und Eigenbetriebe.

Abbau von Bürokratie und Modernisierung der Verwaltung

Unsere Verwaltung muss den Bürgern dienen. Die Leistungen der Verwaltung für den Bürger müssen weiter verbessert und transparenter gestaltet werden. Dies verstehen wir als dauerhaften Prozess. Wenn dieser Prozess zu der Notwendigkeit führt, qualifiziertes Personal einzustellen und dies uns plausibel begründet wird, werden die notwendigen Einstellungen befürwortet. Dazu gehört es auch, bedarfsgerecht Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Eine konstruktive Zusammenarbeit der Stadt Neuss mit dem Rhein-Kreis Neuss und anderen Städten in der Region Rheinland ist unter Effizienzgesichtspunkten anzustreben. Dabei steht die Stabilität von Gebühren und Abgaben im Vordergrund.

Steuerung des Haushalts durch Ziele und Kennziffern

Der Haushalt muss transparenter werden. Es müssen die politischen Ziele in Form von Kennzahlen fixiert und kontrolliert werden. Ziele und Kennzahlen sind ein wichtiges Instrument der finanzpolitischen Steuerung. Dazu gehört es auch, den wirtschaftlichen Nutzen der Aufgaben zu überprüfen. Wir werden diese zusätzlichen Kontrollinstrumente einführen.

Beteiligungsausschuss

Mit den städtischen Gesellschaften, wie beispielsweise den Stadtwerken, dem Bauverein, den Hafenerbetrieben und der Sparkasse sowie dem Lukaskrankenhaus unterstützt die Stadt Neuss die Bürger im Bereich der Daseinsvorsorge und im Dienste des Gemeinwohls. In einem neu zu bildenden Beteiligungsausschuss, dessen Mitglieder dem Stadtrat angehören, werden die Gemeinwohlziele vorgegeben und kontrolliert. Der Beteiligungsausschuss ist ein eigenständiger Ausschuss.

Wir werden für die Überwachung der Tochtergesellschaften eine Interne Revision einrichten. Hierfür ist ein Konzept zu erarbeiten. Die Prüffelder (z. B. Ausschreibungsverfahren) der Internen Revision werden vom Gesellschafter (Beteiligungsausschuss) festgelegt.

Wir stärken die Kompetenz des Antikorruptionsbeauftragten ggf. auch mit zusätzlichem Personal.

Zusendungsfristen erweitern

Die Frist für die Zusendung der Unterlagen zum Rat und den Ausschüssen müssen auf 14 Tage vor der Sitzung verlängert werden. Dies ist notwendig, um die Flut der Unterlagen bearbeiten zu können.

2. Wirtschaft

Eine florierende Wirtschaft ist wichtige Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit unserer Stadt und sichert die Arbeitsplätze und den Lebensunterhalt der Neusser Bürgerinnen und Bürger. Neuss ist auf diesem Gebiet besonders erfolgreich. Wir profitieren von den Steuereinnahmen und schaffen damit die Basis für qualitativ hochwertige Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie die sozialen Leistungen. Wir stärken die Gewerbegebiete und

achten gleichzeitig darauf, dass bei Neuansiedlungen die Nachhaltigkeit und nicht der kurzfristige Profit aus dem Grundstücksverkauf im Vordergrund steht.

Industrie- und Logistikstandort

Um die Voraussetzungen für weitere Ansiedlungen zu schaffen, muss zugleich in die Infrastruktur und die Ausweisung von Gewerbeflächen investiert werden. Dabei wird ein Schwerpunkt die nachhaltige Neu- und Umnutzung alter Gewerbe- und Brachflächen sein. Im Rahmen einer vorausschauenden Grundstückspolitik gehört dazu der Ankauf von Vorratsflächen, um ansiedlungswilligen Unternehmen geeignete Flächen anbieten zu können (sofern sie im Flächennutzungsplan als Gewerbeflächen ausgewiesen sind).

Der Neusser Hafen ist das Herz des Industrie- und Logistikstandortes Neuss. Die Stadtentwicklungspolitik in Richtung Rhein wird weiter vorangetrieben. Dabei achten wir auch zukünftig darauf, dass sich die Hafenanrainer weiter entwickeln können. Die Verkehrsinfrastruktur muss sicherstellen, dass in Wohngebieten Lärm und andere Emissionen in einem vertretbaren Rahmen bleiben und die Regelungen zum Schutz vor Lärm und anderen Emissionen eingehalten werden.

Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung

Die Wirtschaftsförderung ist ein wichtiger Dienstleister der Wirtschaft.

Die Wirtschaftsförderung soll innovative Konzepte (energieoptimierte Gewerbeflächen; Konzepte für Gewerbe- und Handwerkerhöfe, Ansiedlung von zukunftsorientierten Unternehmen z. B. der Energiewirtschaft) erarbeiten, um den Unternehmen auch Zukunftsperspektiven bieten zu können.

Mittelstand und Existenzgründer

Der gesunde Mittelstand mit kleinen und mittleren Betrieben ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und wichtig für das Wachstum unserer Stadt. Eine starke Wirtschaftsförderung muss die Wünsche und Vorstellungen der Unternehmen und die Gründung von Unternehmen unterstützen. Die Sparkasse Neuss muss ein verlässlicher Partner der einheimischen Wirtschaft bleiben. Sie unterstützt die Unternehmen mit kompetenter Beratung und Finanzierung.

Einzelhandel

Wir fördern die Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt und in den Stadtteilen mit dem Ziel, reichhaltige Einkaufsangebote zu schaffen. Hierzu soll ein Innenstadtfonds entsprechend den Ausführungen im Bereich Planung aufgelegt werden. Beim Branchenmix soll ein qualitativ hochwertiges und nachhaltiges Niveau unterstützt werden.

Wir unterstützen die Entwicklung eines Hochschulstandortes in Neuss (Campus) durch Ansiedlung weiterer Hochschulen (z. B. Hochschule Niederrhein) und ggf. die Zusammenführung der bereits in Neuss bestehenden Hochschulen.

3. Internet und Digitalisierung

Gute Netzinfrastruktur

Wir wollen, dass die Stadt bzw. die Wirtschaftsförderung den betroffenen Bürgern und Unternehmen bei der Koordination und der Organisation eines schnellen Internets behilflich ist. Die Stadt soll Bundesprogramme für den Internetausbau einwerben.

Internetfreundliche Stadtverwaltung

Schon heute bietet die Stadt Neuss über ihre Internetseite www.neuss.de eine Vielzahl von Informationen zur Verbesserung der Transparenz und Mitsprache. Wir wollen prüfen, wie dieses Angebot ausgebaut und verbessert werden kann. Dabei wollen wir das steigende Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen. Wichtig ist uns aber auch, dass Menschen ohne Internetzugang nicht abgehängt werden.

4. Jugend, Familie, Soziales und Integration

Wir werden das Subsidiaritätsprinzip stärken. Das heißt: Soweit geeignete Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen von freien Trägern und/oder durch ehrenamtliches Engagement betrieben oder geschaffen werden können, soll die Stadt von eigenen Maßnahmen absehen. Wir sichern die Vielfalt von Trägern unterschiedlicher Wertorientierungen und die Vielfalt von Inhalten, Methoden und Arbeitsformen.

- Bevor die Stadt eine neue Aufgabe übernimmt oder finanziert, müssen wir prüfen, ob diese Aufgabe nicht subsidiär von anderen erfüllt werden kann.
- Wir wollen den freien Trägern durch Verträge über mehrere Jahre Planungssicherheit für ihre Arbeit geben. Wir beginnen damit ergänzend zu dem bereits bestehenden Vertrag für „Streetlife“ zunächst in den Bereichen Schuldnerberatung und Jugendzentren. Die daraus gewonnenen Erfahrungen werden wir auswerten.
- Wir wollen die sozialen Leistungen mit Hilfe von Zielen und Kennzahlen steuern. Dies dient einer höheren Transparenz und Evaluierung im Jugendbereich.
- Wir wollen innerhalb der Stadtverwaltung eine Anlaufstelle für Ehrenamtliche schaffen, die ihnen – analog zur Wirtschaftsförderung – bei der Kontaktaufnahme mit verschiedenen Ämtern und Behörden behilflich ist.

Wir wollen weiterhin die Hilfe zur Selbsthilfe unter Einbeziehung der Zusammenarbeit mit den Sozialverbänden und Selbsthilfegruppen stärken.

Beratungsangebot

Wir werden ein vielfältiges Beratungsangebot für die verschiedenen Lebenssituationen und Notlagen vorhalten und weiterentwickeln:

- Wir werden noch in diesem Jahr die Voraussetzungen für die Errichtung einer Verbraucherzentrale in Neuss schaffen und diese dann so schnell wie möglich eröffnen. Deren Angebot muss mit den anderen Beratungseinrichtungen abgestimmt und vernetzt werden.
- Wir wollen die Schuldnerberatung stärken, insbesondere die derzeitigen Wartezeiten von bis zu sechs Monaten abbauen. Dazu soll geprüft werden, ob auch die Banken bereit sind, einen Finanzierungsbeitrag zu leisten.

Reichweite und Zugänglichkeit von Hilfsangeboten

Wir werden die Reichweite und Zugänglichkeit von Hilfsangeboten verbessern. Mit Blick auf alle Hilfsangebote und gemeinsam mit den freien Trägern wollen wir ein Konzept erarbeiten, um diese Angebote noch besser zu den zu bringen, die Hilfe nötig haben. Das betrifft sowohl die räumliche Ansiedlung (zentral/dezentral) als auch die konkrete Vermittlung (z. B. über Lotsen).

Berufsförderung junger Mütter

In allen städtischen Einrichtungen und städtischen Töchtern soll die Möglichkeit der Teilzeitausbildung gefördert werden. Insbesondere junge Frauen ohne Ausbildung mit Kindern sollen die Chance erhalten, einen Berufsabschluss zu bekommen.

Querschnittsthema Inklusion

Wir werden ein themenübergreifendes Konzept zur Inklusion erarbeiten. Unabhängig davon soll die Verwaltung mit gutem Beispiel voran gehen und einige Sofortmaßnahmen ergreifen, z. B. barrierefreier Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden, Broschüren in einfacher Sprache, Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen.

Menschen mit Behinderungen

Wir wollen gesellschaftliche Teilhabe in allen Bereichen ermöglichen. Hierfür müssen sukzessive Voraussetzungen geschaffen werden.

Wohnungslosigkeit/Gewalt

Es soll ein Konzept für Frauen und Männer erarbeitet werden, die von Wohnungslosigkeit und Gewalt betroffen sind. Es ist angedacht, mit den Trägern entsprechende Gespräche zu führen.

Freizeitangebote

Wir wollen die Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche bedarfsgerecht weiterentwickeln:

- Wir werden die Untersuchungen zur Jugendarbeit in der Innenstadt abwarten und auf deren Grundlage die weiteren Angebote planen. Wichtig ist, dass die Ressourcen für Kinder und Jugendliche (d. h. „Räume und Köpfe“) erhalten bleiben.

- In den Haushalt 2015 sollen die Kosten für eine zusätzliche halbe Stelle für das Haus der Jugend eingestellt werden, wenn sich die Notwendigkeit aus der im Herbst vorliegenden Untersuchung der Verwaltung ergibt.
- Wir wollen die Angebote in den Stadtteilen zielgerichtet ergänzen, etwa in Gnadental. Wir wollen dazu ein mobiles Angebot einrichten („Jugendbus“, vgl. Beratungsbuss des Bauvereins), das in mehreren Stadtteilen zum Einsatz kommen kann.
- Wir wollen, dass die bereits beschlossene Skateranlage im Jahr 2015 innenstadtnah gebaut wird.
- Wir wollen – sofern finanzierbar – einen mehrjährigen Masterplan zur Sanierung der Kinderspielplätze erstellen.
- Die verschiedenen Angebote der Jugendarbeit müssen besser mit den Ganztagsangeboten in den Schulen, aber auch mit den Sportvereinen vernetzt werden. Dazu wollen wir als ersten Schritt Vernetzungstreffen und eine ausschussübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben rufen. Die Arbeitsgruppe soll sich ebenfalls mit dem Thema Übergang von Schule zu Beruf befassen. Die bereits bestehenden Angebote sollen erfasst werden. Es ist zu überprüfen, ob weitere Angebote auch in der Vernetzung mit der Jugendhilfe erforderlich sind.
- Wir wollen eine familienfreundlichere Preisgestaltung bei öffentlichen Angeboten und Einrichtungen (z. B. Schwimmbäder, Bibliothek) prüfen.

Hilfsangebote

Wir werden die Hilfsangebote für Familien, Kinder und Jugendliche bedarfsgerecht ergänzen:

- Gemeinsam mit den freien Trägern wollen wir ein Konzept erstellen und umsetzen, um die Risiken und Gefahren der zunehmenden Digitalisierung abzuwehren (z. B. Computerspielsucht, Cybermobbing, Sexting).
- Wir wollen das System der Familienhilfen überdenken und einen deutlichen Schwerpunkt bei der Prävention setzen, d. h. mehr für die Entlastung/Stabilisierung von Familien tun und mehr frühe Hilfen gewähren, um Kindeswohlgefährdungen zu vermeiden („Dormagener Modell“). Der Qualitätssicherungsprozess im Jugendamt soll fortgesetzt werden. Wir fordern von der Verwaltung ein personell adäquat ausgestattetes Jugendamt mit qualifiziertem Personal.

Betreuung

Wir werden die gute Betreuung von Kindern auch weiterhin sicherstellen:

- Wir wollen den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz auch in Zukunft erfüllen. Dabei fördern wir besonders die Tagespflege.
- Wir wollen bei Firmen für die Einrichtung von Betriebskindergärten werben und Interessenten zusammenführen und begleiten.
- Wir werden im Dialog mit den Trägern für die Ausweitung von Kita-Öffnungszeiten werben.
- Wir werden gemeinsam mit den Trägern der Kitas und Tagespflegestellen ein Konzept zur Sicherung und Steigerung der Qualität der Betreuung entwickeln, etwa nach dem Vorbild der Stadt Grevenbroich (Handbuch zur Qualitätssicherung). Dabei wollen wir besonderen Wert auf Gesundheitsförderung legen.

- Wir werden das System der Elternbeiträge zum 1. August 2016 überarbeiten, und zwar unter folgenden Gesichtspunkten: Entlastung unterer Einkommensgruppen (Beitragsfreiheit bis 25.000 €).

Politische Bildung

Wir wollen die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen fördern, vor allem mit Blick auf die Kommunalpolitik. Dazu sollen die städtischen Bildungseinrichtungen gemeinsam mit den Schulen und Trägern der Jugendhilfe ein Konzept erarbeiten.

Jugend- und Sozialmonitoring

Wir werden das Jugend- und Sozialmonitoring fortschreiben, um weiterhin eine fundierte Grundlage für die Entwicklung sozialer Angebote zu haben. Dabei müssen auch die vielen Angebote von Kirchen, Sport, Kultur, Schützenwesen und Brauchtum Berücksichtigung finden. Von der Verwaltung sind dazu personelle Ressourcen, z. B. eine zusätzliche Stelle Jugendhilfeplanung, sicherzustellen.

Demographischer Wandel

Die Umsetzung des Handlungskonzeptes Demographie soll, wie bereits im Rat beschlossen, fortgeführt werden. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass eine Vernetzung mit allen relevanten Bereichen (z. B. Planung, Wirtschaftsförderung etc.) erfolgt.

Bezahlbare Wohnungen

Die Zahl der Einpersonenhaushalte steigt. Wir wollen bezahlbare Wohnungen für alle Einkommensgruppen, für Familien, Alleinerziehende, für ältere Menschen. Es muss eine Verzahnung zwischen den Bereichen Soziales und Planung geben.

Mehrgenerationenmodelle

Die Entwicklung von Mehrgenerationenmodellen soll weiterhin unterstützt werden. Sie tragen dazu bei, dass sich junge und alte Menschen in ihrem gemeinsamen Umfeld gegenseitig unterstützen können. Das fördert soziales Miteinander, Ehrenamt und Respekt für die persönlichen Bedürfnisse eines jeden Einzelnen.

Quartierskonzepte und Wohnraumtauschbörsen

Wir wollen, dass ältere Menschen so lange wie möglich zu Hause wohnen bleiben können. Hierfür muss es entsprechende Infrastrukturen und Quartierskonzepte geben. Wir könnten uns vorstellen, z. B. im Bebauungsplan Alexianergelände für die Casa Meertal die Alte Schreinerei für diesen Zweck vorzusehen. Für die Entwicklung weiterer Quartiere könnte ein Projekt mit der FH Düsseldorf geplant werden. Modelle wie Wohnraumtauschbörsen können dazu beitragen, dass junge und ältere Menschen ihren jeweiligen Lebensbedürfnissen entsprechend die passende Wohnung finden.

Neukonzeption Seniorenforum

Die Verwaltung ist in der letzten Sitzung des Sozialausschusses im Mai 2014 beauftragt worden, ein Konzept zu erarbeiten. Es soll den Mitgliedern des Sozialausschusses im Herbst 2014 vorgestellt werden. Ziel ist es, das Seniorenforum 2015 zu realisieren.

Förderung der Integrationsarbeit

Das Erlernen der deutschen Sprache ist nach wie vor von großer Bedeutung und gehört zu den wichtigsten Eckdaten. Wir wollen, dass Ziele der Förderung klar definiert werden. Bestehende Angebote müssen auf den Prüfstand, um den aktuellen Bedarf, der sich im Laufe der Zeit verschieben bzw. verändern kann, ermitteln zu können. Je transparenter ein Angebot der Förderung ist, desto mehr kann es den erforderlichen Zielen dienen. Es soll auch geprüft werden, ob so genannte Nischenkurse wieder eingeführt werden können.

Unterbringung von Flüchtlingen

Die Koalitionäre haben sich verständigt, dass es wichtig ist daraufhin zu arbeiten, dass in Zukunft Flüchtlinge möglichst dezentral untergebracht werden können. Über Einzelheiten muss beraten werden.

Raum der Kulturen

Der Raum der Kulturen soll möglichst 2015 umgesetzt werden. Von den Migrantenselbsthilfeorganisationen wird aktuell an dem Konzept gearbeitet. In Kooperation mit der Verwaltung sollen dann Räumlichkeiten gefunden werden, damit für den Haushalt 2015 die notwendigen finanziellen Mittel eingestellt werden können.

Weitere Themen

Es wurde Einigkeit erzielt, dass zu folgenden Themen in Zukunft weiter beraten werden soll.

- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung,
- Broschüre in mehreren Sprachen,
- Zeitnahe Überarbeitung des Integrationskonzeptes der Stadt Neuss,
- Förderung von jungen Migranten,
- Erfassung und Förderung von Ressourcen von Migranten (z. B. Möglichkeiten des Zugriffs auf berufliche Qualifizierung, Mehrsprachigkeit).

5. Schule

Unsere Stadt braucht starke Kinder und Jugendliche. Eine Politik vor Ort muss allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft die Teilhabe an Bildung und Freizeit ermöglichen

Toilettensanierung

Die Toiletten an den Neusser Schulen werden in den nächsten 6 Jahren saniert. Hierzu werden pro Jahr 1,5 Mio € (insgesamt 9 Mio €) in den städtischen Haushalt eingestellt. Die Beschlussfassung über die Reihenfolge der Sanierungen erfolgt nach Vorlage einer Prioritätenliste durch die Verwaltung. Diese Liste sollte auch Informationen über die bereits erfolgten Toilettensanierungen sowie über die geplanten Generalsanierungen an den Neusser Schulen in den nächsten 6 Jahren enthalten.

Grundschule Allerheiligen

Gemäß Ratsbeschluss vom 9.5.2014 wird ab dem Schuljahr 2015/2016 in Allerheiligen eine zweizügige Grundschule errichtet, für die der gebundene Ganztagsbetrieb angestrebt werden sollte.

Zusammenführung der Gesamtschule an der Erft am Standort Aurinstraße

Die Gesamtschule an der Erft wird am Standort Aurinstraße mit dem Ziel zusammengeführt, dass der Unterricht ab dem Schuljahr 2015/16 nicht mehr in der Dependence in Weckhoven stattfindet. Hierzu werden die beiden städtischen Förderschulen (Herbert-Karrenberg-Schule und Schule am Wildpark) am Standort Herbert-Karrenberg-Schule zusammengeführt. Die für die Nutzung des Gebäudes der Schule am Wildpark durch die Gesamtschule an der Erft notwendigen Umbaumaßnahmen werden unverzüglich geplant und dem Schulausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Schulentwicklungsplanung

Das Ziel der Schulentwicklungsplanung für die nächsten Jahre ist die Stabilisierung der vorhandenen Schulen. Durch Erhöhung bzw. Reduzierung der Zügigkeit soll aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen werden. Dabei soll insbesondere das Problem des Schulformwechsels Berücksichtigung finden.

Inklusion

Die nach Inkrafttreten des 19. Schulrechtsänderungsgesetzes zum 1.8.2014 notwendigen Maßnahmen an den Neusser Schulen zur weiteren Umsetzung des „Gemeinsamen Unterrichts“ werden – unter strikter Wahrung des Konnexitätsprinzips – durchgeführt. Hierfür möglicherweise notwendige bauliche Investitionen werden im Bereich der weiterführenden Schulen zunächst an je einer Schule pro Schultyp (Sekundarschule, Gesamtschule, Gymnasium) unter Verwendung der von Bund und Land zugesagten finanziellen Mittel umgesetzt. Im Hinblick auf die Frage der OGS-Betreuung von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf an den Neusser Grundschulen bekräftigen die Koalitionspartner ihre Absicht, eine Lösung im Sinne der Kinder und möglichst unter Wahrung des Konnexitätsprinzips anzustreben. Darüber hinaus ist es Konsens, dass eine Förderschule in der Stadt Neuss möglichst erhalten bleiben sollte, um die Möglichkeit der Schulformwahl für die Eltern zu sichern.

OGS-Betreuung an den Neusser Grundschulen

Grundsätzlich begrüßen die Koalitionspartner die Umwandlung von Grundschulen in gebundene Ganztagschulen. Bis dahin werden OGS-Plätze entsprechend der vorhandenen Raumkapazitäten zur Verfügung gestellt.

Die Musikschule hat als Einrichtung der frühkindlichen Bildung einen hohen Stellenwert. Ihre personelle Ausstattung soll in Zukunft wieder dem Bedarf entsprechend gestaltet werden.

6. Stadtplanung und -entwicklung

Durch seine Lage in der sich stark entwickelnden Rheinregion zwischen Düsseldorf und Köln hat Neuss derzeit eine hohe Nachfrage nach Flächen für Wohnen und Gewerbe. Dabei gilt es, die verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ansprüche mit den bereits vorhandenen Strukturen in Einklang zu bringen.

Eine nachhaltige Bestands- und Innenentwicklung ist im Hinblick auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie einem schonenden und sparsamen Umgang mit den begrenzten Ressourcen vorrangig; dies nicht zuletzt auch wegen der hohen Herstellungs- und Folgekosten von neuer Infrastruktur. Unser Ziel ist es, die Bevölkerungszahl mittel- und langfristig auf 150 000 Einwohner zu stabilisieren.

Neuss soll sich in den kommenden sechs Jahren weiter zu einer sozialen und zugleich grünen Großstadt entwickeln, mit hoher Lebensqualität für Menschen unterschiedlicher Lebensstile, Kulturen und Herkunft sowie für Jung und Alt.

Daneben kommt der Bewältigung des global verstärkt zu verzeichnenden Klimawandels auf lokaler Ebene eine wichtige Bedeutung zu. Die Klimaerwärmung mit ihren Folgen und der Rückgang der Artenvielfalt macht vor Neuss nicht Halt. Deshalb sollen geeignete Maßnahmen zum Klimaschutz und gegen den Rückgang der Artenvielfalt eingeleitet werden.

Die Zunahme des Verkehrs führt zunehmend zur Belastung der Bevölkerung durch Abgase und Lärm. Hinzu kommt es durch Staus zu Einschränkungen in der Mobilität. Die getroffenen Vereinbarungen zur Stärkung des ÖPNV's und des Radverkehrs sollen dazu führen, dass der Verkehrsanteil von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr erhöht und die Mobilität auch durch bessere Verkehrslenkung für den Individualverkehr insgesamt verbessert werden.

Entwicklung eines städtebaulichen Leitbildes für Neuss „Bau- und planungspolitische Ziele der Stadt Neuss“:

Die Entwicklung des o. g. Leitbildes auf Basis der nachfolgenden Gedanken wird vereinbart: Die nachfolgenden Ziele und Perspektiven werden als Handlungsempfehlungen und als Grundlage für neue Entwicklungen auf städtischen Flächen sowie für Projekte der Tochterunternehmen vereinbart und haben dabei zugleich über den Einzelfall hinaus Vorbild- und Steuerungswirkung für private Investoren und Bauherren.

- 30 % - Anteil von gefördertem bzw. preisgedämpftem Wohnraum für Vorhaben auf städtischen Grundstücken (bei geringerem Grundstückskaufpreis oder Vereinbarung von Erbbaurechten) bzw. bei neu zu schaffendem Planungsrecht bei städtischen Grundstücken,
- Innenentwicklung vor Inanspruchnahme des Freiraumes, Bestandsentwicklung vor Neubautwicklung,
- Durchgängige Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in kommunalen Gebäuden,

- Unter Bewahrung des baulichen Erbes energetische Sanierung des Gebäudebestandes,
- Lokale ökologische und energetische Standards; weitere Klimaschutzsiedlungen,
- Förderung von Innenentwicklungen, Flächenrecycling und Baulückenaktivierung,
- Frühzeitige und direkte Beteiligung der Bewohner bei relevanten Vorhaben,
- Integrierte Quartiersentwicklung; soziale und funktionale Mischung ermöglichen,
- Modulare Bauweise städtischer Gebäude wie Kitas u. Ä.,
- Offene und transparente Wettbewerbs- und Vergabeverfahren,
- Wandel im Bestand organisieren; „Jung kauft Alt“, Anpassung von alten B-Plänen, um Bebauungen in der 2. Reihe und/oder Ausbau im 2. Obergeschoss ermöglichen,
- Bei der Verkehrsentwicklung ist eine Stärkung des ÖPNV, des Rad- und Fußverkehrs anzustreben,
- Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden demografischen Wandels Wohnungsangebote für ältere Menschen in den ihnen vertrauten Stadtteilen.

Diese Aufzählung ist beispielhaft. Es können später weitere Punkte aufgenommen werden.

Konzept und Finanzierung zur nachhaltigen Steigerung der Attraktivität der Innenstadt und der Stadtteile

In den nächsten 6 Jahren werden deutlich mehr Mittel als die angedachten Zinserträge in Höhe von ca. 300.000 € jährlich aus dem Grundbetrag von 10 Millionen € in Projekte zur nachhaltigen Stärkung der Innenstadt, aber auch der Stadtteile investiert werden müssen. Darüber hinausgehende Mittel sind zu etatisieren. Dabei werden die für die Innenstadt erforderlichen städtebaulichen Aufwertungen mit einbezogen.

Dabei wird ein direkter Zugriff der Politik auf die Entscheidungen über die Maßnahmen und Vergabe der Mittel durch geeignete Strukturen gesichert.

Gestaltung des Wendersplatzes

Es wird spätestens in 2015 ein städtebaulicher Wettbewerb zur Neugestaltung des gesamten Wendersplatz-Areals (unter Berücksichtigung von Gegebenheiten und Ideen, z. B. Schützenbelange, Hochschulcampus, Beibehaltung/Aufhebung der Gleissituation usw.) durchgeführt.

Ziel ist es, umsetzbare Ideen zur städtebaulichen Belebung dieses zentralen Platzes als Bindeglied zwischen der historischen Kernstadt und dem Bereich des Masterplans „Neuss an den Rhein“ zu bekommen. Der bestehende Bebauungsplan ruht.

Sollte ein Investor ein schlüssiges Konzept vorlegen, ist dies in die Planungen einzubeziehen.

Einrichtung einer Stadtumbaustelle im Planungsamt

Zur Findung und Vorbereitung von Ideen und Maßnahmen der städtebaulichen Gestaltung wird eine Planstelle geschaffen, die diese Arbeit leisten und vorbereiten soll. Ziel ist es, rechtzeitig und mit gezielten Maßnahmen auf Veränderungen, wie z. B. durch den demografischen Wandel, reagieren zu können.

Beispiele hierfür sind die Beratung, die Organisation von Förderangeboten für den Wandel im Gebäudebestand, die Anpassung von alten B-Plänen und die Umsetzung weiterer Beispiele aus dem städtebaulichen Leitbild.

Entwicklung Restfläche Hammfeld II

Die restlichen Gewerbeflächen im Hammfeld II sollen zu einem innovativen Wirtschaftsstandort ohne Einzelhandelsnutzung (auch keine Automeile) entwickelt werden. Ziel ist es, z. B. durch Clusterbildung, Firmen mit innovativen, ökologischen und nachhaltigen Geschäftsmodellen dort anzusiedeln. Die Verbindung zu einem ortsnahen Hochschulstandort (Campus) könnte Synergieeffekte bewirken.

Folgende Ideen könnten dabei aufgegriffen werden:

- Modelle anderer Kommunen anschauen und passend kopieren,
- gemeinsames Energie- und Dienstleistungskonzept entwickeln,
- Vergabe der Grundstücke auf Erbpachtbasis.

Sollten Investoren schlüssige Konzepte vorlegen, so werden diese nicht ausgeschlossen.

Umgang mit den neu ausgewiesenen Wohnbauflächen im neuen FNP

Die Neuausweisung im FNP Grimlinghausen Süd/Ost von ursprünglich 27,3 ha wird um 50 % auf ca. 13,65 ha reduziert und dementsprechend aus dem FNP genommen. Die Neuausweisung Grimlinghausen Süd/Ost wird planerisch bis 2020 nicht in Angriff genommen.

„Rosellen Schwarzer Graben“ (5,4 ha) wird ohne Kompensation auf einen Streifen parallel zum bereits gültigen FNP reduziert (neue Fläche ca. 1 ha).

Dadurch wird die Neuausweisung von Wohnbauflächen insgesamt auf ca. 41 ha begrenzt. Wegen der vielen anderen Neubaugebiete gehen wir davon aus, dass die neu ausgewiesenen Wohnbauflächen nicht benötigt werden. 2017 soll der Bedarf gemeinsam evaluiert werden. Die vorhandenen alten Potentiale von ca. 80 ha bleiben von dieser Vereinbarung unangetastet.

Neue innerstadtnahe Potentialflächen, die bereits in Planung sind (z. B. Hammfeld I ca. 6 ha) oder sich im Laufe der Zeit auftun (z. B. Eselspfad oder freiwerdende Flächen aus Umwandlungen aus dem FNP), werden bevorzugt entwickelt. Diese neuen Wohnungsbauflächen werden dann mit gleichwertig nutzbaren Flächen aus dem Flächenpool für Wohnbauflächen getauscht.

7. Verkehr

Verlegung der Linie 709 über das Hammfeld I

Ausbauplanung Linie 709 durch das Hammfeld soll sofort einschließlich des Antrags der Fördermittel in Gang gesetzt werden.

Streichung der kleinsten Wabe im VRR von Neuss vor der Südbrücke

Eine Prüfung der finanziellen Auswirkungen für die Stadt Neuss soll kurzfristig durchgeführt werden, um dann baldmöglichst einen Antrag auf Änderung einzuleiten.

Verbesserung der Anbindung der Batterie-/Rheintorstraße an den ÖPNV

Es werden Prüfungen und Planungen eingeleitet (z. B. durch andere Streckenführung der Regionalbusse, U 75-Haltestelle Düsseldorfer Straße) und die anlaufenden Planungen auf der Düsseldorfer Straße und Theodor-Heuss-Platz mit einbezogen.

Neusser Süden entlasten

Im Rahmen des zu aktualisierenden Verkehrsentwicklungsplanes ist die Verkehrssituation im Neusser Süden (Individualverkehr/Dieselstraße) zu verbessern.

Kurzfristiger barrierefreier Umbau der Haltestellen

Nach erfolgter Aufstellung der Prioritätenliste und der Kosten soll das gewichtete Ergebnis in einem mittelfristigen Finanzplan festgelegt werden.

Haltestelle Regiobahn Morgensternsheide

Die Planungen sollen vorangetrieben und durch (anteilige) städtische Finanzierung gesichert werden.

Verkehrsprobleme rund um das Johanna-Etienne-Krankenhaus

Nach dem Vorliegen der Ergebnisse zur Auswirkung des neu gebauten Parkhauses auf die Verkehrssituation wird eine Untersuchung über weitere Verbesserungen eingeleitet.

Einschränkungen der Fahr- und Taktzeiten beim Busbetrieb

Es wird keiner weiteren Einschränkung zugestimmt. Die anzustrebenden Verbesserungen im Busnetz (z. B. im Neusser Süden) und bei den Fahr- und Taktzeiten wird im Rahmen der Neuaufstellung des Nahverkehrsplans behandelt. In diesem Rahmen wird auch die bessere Anbindung der Schulen an den ÖPNV angestrebt.

Ausschuss für Mobilität

Statt des UA Radverkehr wird ein „Unterausschuss Mobilität“ eingerichtet, der neben den allgemeinen Themenfeldern ÖPNV, Rad- und Fußverkehr auch den Bereich „Neuaufstellung des Nahverkehrsplans“ behandeln soll.

Fahrradbrücke über Neusser Hafeneingang

Die Planung wird in 2014 eingeleitet. Bei der zur Umsetzung nötigen Finanzierung sollen spätestens 2015 Gespräche mit der Stadt Düsseldorf und NRW (und anderer möglicher Zuschussgeber) zwecks Beteiligung geführt bzw. Fördergelder beantragt werden.

Mehr Mittel für Radwegesanierungen

Die Mittel werden von jetzt 100.000 auf 150.000 € p. a. schrittweise bis 2020 erhöht, wobei dies nicht zu Lasten der Straßenunterhaltung geht.

Längere Öffnungszeiten der Radstation zur Förderung von Mobilität und Tourismus

Die Verlängerung der Öffnungszeiten soll durch geeignete Maßnahmen, wie z. B. Organisationsänderungen, Einwerbung von Drittmitteln und ggf. Erhöhung der finanziellen Beteiligung (unter gleichzeitiger Beteiligung des Rhein-Kreises Neuss), angestrebt werden.

„Cityrad“ - Verleih von Fahrrädern

Eine privatwirtschaftlich getragene Lösung soll unter Beteiligung von Neuss Marketing gesucht werden.

Einrichtung von gesicherten Fahrrad- und Kinderwagenabstellplätzen in neuen Mehrfamilienhäusern (analog PKW-Stellplätzen)

Es soll untersucht werden, ob und wie verbindliche Vorgaben zur Schaffung von o. g. Abstellmöglichkeiten aussehen könnten, die dann beraten und eingeführt werden sollen.

Realisierung des Radschnellwegs

Die Planungen sollen weiter positiv betrieben, mit städtischen Mitteln gesichert und unter Berücksichtigung einer mehrheitlichen Landesfinanzierung umgesetzt werden.

Förderung der E-Mobilität von Fahrrädern

Durch private Betreiber (z. B. SWN) soll durch eigene Planung und Organisation der Aufbau eines Ladestationnetzes geschaffen werden.

8. Umwelt, Grünplanung und -pflege, Artenvielfalt und Klimaschutz

Erweiterung Botanischer Garten um das Gebiet der ehemaligen Stadtgärtnerei

Anschubfinanzierung für Planung und Entwicklung in 2015 auf Basis der Ergebnisse und Ideen aus dem Workshop des Forums Umwelt und Stadtentwicklung (u. U. unter Beteiligung der Steuerungsgruppe des Workshops und/oder externer Planungsbüros).

Artenvielfaltkonzept (Biodiversitätskonzept)

Es soll ein Konzept zeitnah erstellt und umgesetzt werden. Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Artenschutzbeauftragte benennen und Arbeitsaufwand finanziell absichern, um alle städtischen Bereiche (auch Töchter wie Friedhöfe, Bäder, Neusser Bauverein), zu beraten.
- LVN soll mit neuen Pächtern städtischer landwirtschaftlicher Flächen Pachtverträge zur Anlage neuer Blühstreifen u. ä. Maßnahmen (möglichst ohne Pestizideinsatz) anstreben.
- Mit der örtlichen Landwirtschaft sollen freiwillige Vereinbarungen angestrebt werden.
- Qualitätsmanagement bei Artenvielfalt (Flora und Fauna) soll als permanente Aufgabe festgeschrieben werden.
- Qualifizierte Grünpflege für alle städtischen Bereiche, z. B. durch Zusammenlegung aller Pflegemaßnahmen im Sport- und Grünflächenbereich unter einer Regie bzw. Aufsicht, soll geprüft und realisiert werden. Eine personelle Aufstockung in diesem Bereich ist unerlässlich.

Klimaschutzkonzept erweitern

CO₂ -Einsparung von 20 % bis 2020 soll durch geeignete Maßnahmen angestrebt werden, z. B. durch:

- Verringerung der Aufheizung des Klimas in der Stadt durch Anlage von Gründächern, Fassadenbegrünungen und Grünanpflanzungen an bestehenden und neuen Straßen, bei neuen Industrie- und Wohnbebauungsplänen und bei sonstigen Bauleitplanungen, wo möglich realisieren,
- Straßenbäume bei allen Straßenneu- und -umbauten mit berücksichtigen,
- Nutzung von bestehenden nahen Wärmequellen (z. B. Abwärme aus Industrieunternehmen) bei größeren Neubauvorhaben einbeziehen,
- verstärkte energetische Sanierung städtischer Gebäude (auch der Töchter).

Ein Konverter im Stadtgebiet Neuss wird abgelehnt

Die dichtbesiedelte Stadt Neuss kommt für ein solches Vorhaben nicht in Betracht.

9. Ordnung und Sauberkeit im öffentlichen Raum

Die Sauberkeit des öffentlichen Straßenraums und der Grünflächen muss deutlich verbessert werden. Dazu müssen Konzepte entwickelt werden (z. B. Parkverbot zu bestimmten Zeiten zum Zwecke der Straßenreinigung, Zusammenlegung der Papierkorbleerung in einer Hand

etc.). Unabhängig davon wollen wir auch die Bürgerinnen und Bürger motivieren, sich für mehr Sauberkeit und Ordnung einzusetzen, beispielsweise durch Förderung von Patenschaften und anderen ehrenamtlichen Engagements.

Die Ordnung auf Spielplätzen und in Grünanlagen muss durch mehr Kontrollen und bessere Koordination der einzelnen Dienststellen und Ordnungskräfte sichergestellt werden.

10. Sport und Freizeit

Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit, zum gesellschaftlichen und sozialen Miteinander und hat damit eine große Bedeutung für die Attraktivität und Lebensqualität unserer Stadt. Somit gehören Sportentwicklung und Sportförderung zu den zentralen Aufgaben öffentlichen Handelns. Für die künftige Entwicklung des Neusser Sports ist der Sportentwicklungsplan so zu überarbeiten, dass er den demografischen Wandel berücksichtigt und auf neue Herausforderungen reagiert.

Bildung einer „Arbeitsgruppe Sportentwicklungsplan“

Im Herbst 2014 wird (vom Rat) zur Erarbeitung eines Sportentwicklungsplans eine „Arbeitsgruppe Sportentwicklungsplan“ eingesetzt. Die Gruppe soll von einem Fachbüro (z. B. IKPS) moderiert und von der Verwaltung koordiniert werden. Bis zur Fertigstellung des Sportentwicklungsplans werden keine weiteren Kürzungen im Sportetat vorgenommen bzw. Schließungen von Sportanlagen eingeleitet.

Die Sportstätten (auch Hallen) sollen nach Bedarf und Ausstattung mit dem Ziel untersucht werden, wie sie zukünftig sachgerecht und wirtschaftlich betrieben werden können. Vertreter der Sportvereine sollen von vorn herein in geeigneter Form in diesen Prozess einbezogen werden. Die Ergebnisse sollen in einer Bürgerversammlung vorgestellt und diskutiert werden. Die Arbeitsgruppe soll zügig arbeiten, damit dann dringend notwendige Sanierungs- und Umbaumaßnahmen geplant und eingeleitet werden können.

Einrichtung eines „Bewegungsparks“

An einer geeigneten Stelle (z. B. Sportanlage, Kinderspielplatz oder andere Freizeitanlagen) soll durch Ergänzung von entsprechenden Geräten ein „Bewegungspark“ als Musteranlage eingerichtet werden. Die Mittel werden nach entsprechender Planung in den Haushalt eingestellt. Es sollen Drittmittel durch Träger und Sponsoren eingeworben werden.

Durch Aufbau von entsprechenden Geräten soll dem geänderten Freizeitverhalten der Bevölkerung (alle Altersgruppen), Sport und Bewegung individuell zu betreiben, Rechnung getragen werden. Dabei sollen gute Beispiele aus anderen Kommunen als Entscheidungshilfe dienen.

Erhalt des Konradbads und Eingliederung in SWN Bäder und Eissporthallen GmbH (SWN NBE)

Am Beschluss, das Lehrschwimmbecken Konradbad zu erhalten und weiter zu betreiben, wird festgehalten. Das Bad soll in die SWN Bäder und Eissporthallen GmbH eingegliedert werden. Der Erhalt und Weiterbetrieb des LehrschwimmbECKENS Konradbad ist aus heutiger Sicht für das Schulschwimmen und medizinische Nutzungen unerlässlich. Die Eingliederung in die SWN NBE GmbH ist sinnvoll, da dort die fachliche Kompetenz gebündelt ist und das Bad unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten besser betrieben werden kann. Die ehrenamtliche Arbeit des Fördervereins wird ausdrücklich begrüßt. Dieser soll auch weiterhin in die Gestaltung der inhaltlichen Arbeit des Bades einbezogen werden.

Ausbau der Abend- und Nachtsportangebote

Der Ausbau der Abend- und Nachtsportangebote soll forciert werden. Dazu sollen Hindernisse (z. B. bei Öffnungszeiten von Sporthallen) abgebaut und weitere Angebote entwickelt werden.

Durch den längeren Schulbetrieb hat sich das Zeitfenster für sportliche Betätigungen verändert. Ein Ausbau von nicht vereinsgebundenen Aktivitäten kommt den Bedürfnissen von Jugendlichen entgegen und soll Sport und Bewegung fördern.

Nutzungskonzept Sporthallen

Es soll ein Nutzungs- und Verteilungskonzept für die Sporthallen in Zusammenarbeit mit dem Schulverwaltungsamt und den Vereinen entwickelt werden, da die Bedürfnisse der Vereine und Schulen und die Nutzungsvorgaben durch die Schulverwaltung nicht immer übereinstimmen. Es sollen die Probleme und Nutzungskonflikte benannt und einvernehmlich durch entsprechende Vereinbarungen gelöst werden.

Erhalt, Sanierung und Bedarfsermittlung Bolzplätze untersuchen

Es sollen folgende Aspekte untersucht und gegebenenfalls Maßnahmen eingeleitet werden:

- In welchem Zustand befinden sich die Plätze und wie und wann können sie bei Bedarf angemessen instand gesetzt werden?
- Entspricht die Anzahl der Bolzplätze dem Bedarf oder müssen Korrekturen vorgenommen werden?

11. Kultur

Kultur ist wesentlicher Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge und ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor für die Ansiedlung von Gewerbe und dessen Beschäftigter. Wir setzen uns für eine vielfältige kulturelle Infrastruktur ein. Neben der Förderung öffentlicher Kultur muss auch die freie Kultur angemessen unterstützt werden. Dabei ist wichtig, dass sich Neuss, bedingt durch die Nähe zu Düsseldorf und Köln, ein eigenes Profil bewahrt. Ziel muss es sein, dass alle Menschen, egal welcher Herkunft, in Neuss am

kulturellen Leben teilhaben können. Das dient der Identitätsbildung und fördert das interkulturelle Verständnis unserer Stadtgesellschaft.

Neuss hat zahlreiche, qualitativ hochwertige Kulturangebote. Ob Rheinisches Landestheater oder Theater am Schlachthof; ob Deutsche Kammerakademie Neuss oder das Neusser Kammerorchester; ob Clemens-Sels-Museum oder Insel Hombroich und vieles mehr – für jeden Geschmack ist etwas dabei. Das alljährliche Shakespeare-Festival und die internationalen Tanzwochen sind Leuchttürme mit überregionaler Wirkung.

Rheinisches Landestheater (RLT) erhalten und stärken

Das RLT ist unverzichtbarer Bestandteil der Neusser Kulturlandschaft und muss deshalb erhalten und gestärkt werden. Neben der Unterstützung der Stadt ist es wichtig, dass das RLT seine wirtschaftliche Situation offen und transparent darlegt.

Die Fehlbeträge, die durch die höheren Tarifierhöhungen in 2014/2015 gegenüber dem Planansatz des RLT (2%) entstanden sind, müssen von der Stadt anteilig ausgeglichen werden, mindestens in Höhe der Landesbeteiligung. (Land trägt 2014 und 2015 jeweils 25 T€ zusätzlich).

Der städtische Zuschuss soll nicht weiter gekürzt werden, sondern moderate (notwendige) Steigerungen (z. B. gemäß der tatsächlichen Tarifsteigerungen) sollen im Haushalt eingestellt werden.

Im Übrigen wird ein Konzept zur dauerhaften Sicherung des Rheinischen Landestheaters erarbeitet (z. B. durch mittelfristige Finanzplanung, Überprüfung der Mietkonditionen, Instandhaltung des Gebäudes und der Innenausstattung).

Theater am Schlachthof (TAS) erhalten und stärken

Das Theater am Schlachthof ist über Neuss hinaus ein Leuchtturm in der freien Kultur- und Theaterlandschaft. Es wird weiterhin finanziell abgesichert.

Wiedereinführung der Kulturnacht in 2015

Die ausgesetzte Kulturnacht wird in 2015 wieder eingeführt. Neben den städtischen Kulturangeboten sollen auch wieder u.a. andere öffentlichen Einrichtungen (z. B. Kirchen und Pfarrgemeinden) und Privatpersonen aufgefordert werden, ihre „Türen“ zu öffnen und kulturelle Angebote zu machen. Eine von der Verwaltung angeregte „thematische Kulturwoche“ könnte ergänzend zu der Kulturnacht vorgeschaltet oder zu einem anderen Zeitpunkt als zusätzliches Angebot dargebracht werden.

Förderung von interkulturellen Projekten

Die vielfältigen Aktivitäten im Bereich der Interkultur sollen durch geeignete Maßnahmen und Projekte weiter ausgebaut werden. Der Bereich Interkultur wurde in den letzten Jahren mit vielen Aktivitäten aufgebaut mit dem Ziel, Menschen jeglicher Herkunft über Kulturangebote zusammen zu bringen und die kulturelle Vielfalt in dieser Stadt darzustellen. Es soll zum Beispiel eine bessere Öffentlichkeitsarbeit stattfinden und Vereine, Schulen und Kindergärten sollen in das Programm einbezogen werden. Projekte von Migranten und

Migrantinnen sollen z. B. durch eine Zusammenarbeit mit dem zukünftigen Träger des Raums der Kulturen gefördert werden.

Die kulturelle Bildung im Kulturforum Alte Post stärken

Die vielfältigen und hervorragenden Angebote des Kulturforums Alte Post sind fester Bestandteil der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen in Neuss und ein Markenzeichen kultureller Bildungsarbeit über Neuss hinaus.

Die jetzige Kurs- und Projektarbeit (z. B. Ausstellungen) wird mittlerweile (je nach freier Kapazität) für weitere Projekte mit Jugend- und Freizeiteinrichtungen, Schulen und Kindergärten genutzt, um den Kindern und Jugendlichen kulturelle Bildung zu vermitteln. Nach Vorlage eines schlüssigen Konzepts soll die begonnene Arbeit systematisch weiter ausgebaut und unterstützt werden. Es muss geprüft werden, ob hierfür erhöhter Personalbedarf besteht. Synergieeffekte sollten genutzt und transparent dargestellt werden.

Erweiterungsbau des Clemens-Sels-Museums (CSM)

Das Clemens-Sels-Museum ist mit seiner umfangreichen Sammlung fester Bestandteil der Neusser Kulturinstitute. Die umfangreiche Sammlung des CSM, von der große Teile im Depot lagern, ist es wert, stärker der Öffentlichkeit präsentiert zu werden. Die bisherige Ausstellungsfläche des Museums reicht dafür nicht aus. Eine Erweiterung ist zu prüfen. Durch geeignete Maßnahmen soll die bestehende Stiftung belebt werden und der Kapitalstock erhöht werden. Andere Finanzierungsquellen sollen erschlossen werden.

Ziel ist es auch, die Zeugnisse der Geschichte von Neuss stärker als bisher im öffentlichen Raum sichtbar zu machen.

Kostenfreie Karten für Bedürftige durch Maßnahmen aktivieren

Die bisherigen Erfahrungen sollen ausgewertet und neue „Vertriebswege“ erschlossen werden mit dem Ziel, dieser Aktion zu mehr Erfolg zu verhelfen.

Zwischennutzung von Ladenlokalen für Ausstellung von Kunst

Modelle aus anderen Städten und eigene Erfahrungen sollen geprüft und ausgewertet werden, um (mit den Innenstadtakeuren, wie z.B. ZIN, Neuss Marketing, Immobilienbesitzern) leer stehende Ladenlokale durch temporäre Ausstellung von Kunstobjekten zu beleben.

Mehr preiswerte Ateliers für Neusser Künstler und Künstlerinnen

Es soll der Bedarf ermittelt werden, um dann eventuell weitere Ateliers zur z. B. temporären Nutzung weiterer Immobilien anzubieten.

Dr. Jörg Geerlings
CDU-Parteivorsitzender

Susanne Benary-Höck
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Parteivorstand

Helga Koenemann
CDU-Fraktionsvorsitzende

Michael Klinkicht
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-
Fraktionsvorsitzender